

Verhältnis des Innern... die Möglichkeit, die Unabhängigkeit zwischen Regierung und Beamtenschaft zu bewahren. Eine Neuordnung des Beamtenrechts wurde kommen, doch diese ist nicht von heute auf morgen zu erwarten. Die Organisationsfreiheit der Beamten ist noch jung, und es ist nicht möglich, die Rechte der alten Erbesamtwirtschaften ohne weiteres auf die Beamtenverhältnisse zu übertragen. Im Falle dieser Neuordnung des Beamtenrechts werden die Beamtenverhältnisse in der Weise geordnet, und der Unterschied in der beruflichen Auffassung sei in die drei Klassen des Beamtenverhältnisses zu bringen. In Wirklichkeit besteht ein Gegensatz zwischen Regierung u. Beamtenschaft nicht. (Geleiteter Brief.) Der Geschäftsführer Richter erbatte den Geschäftsbereich.

Neben das Grundproblem der Verwaltungsreform sprach Albert Falkenberg sehr eingehend. Dann vorbereitete sich Oberregierungssekretär Robert Reunhardt über die Demokratisierung der Verwaltung.

Daraufhin gelangten 14 Vorschläge für die Demokratisierung zur Besprechung:

1. Der Eintritt in den öffentlichen Dienst steht jedem nach Befähigung offen, sofern er die Eignung für das betreffende Amt besitzt (Artikel 128 und 178 der Reichsverfassung). Diese Eignung darf nicht nach parteipolitischen Rücksichten beurteilt werden.

2. Der Beamte hat sein Amt nur nach sachlichen Gesichtspunkten, parteipolitisch freuz neutral, zu führen.

3. Die Beamtenschaft muß von allen ihren Gliedern fordern, daß sie sich im Interesse der Verwaltung held behaupten muß, daß der Beamte Diener der Allgemeinheit ist.

4. Die Dienstverhältnisse haben grundsätzlich nur die Bedeutung, kennbar zu machen, an welcher Stelle des Beamtenkörpers der Beamte steht. Sie sind einseitig, vorkaufmännlich und einseitlich zu machen und inhaltlich zu veränderten. Im dienstlichen Verkehr soll jeder Beamte durch sein Verhalten wirken, daß die Dienstverhältnisse als Arbeitsformel verstanden wird.

5. Dienstleistungen sind grundsätzlich nur im Dienste zu tragen und auch nur dann, wenn die Arbeit des Beamten die Rechtmäßigkeit des Beamten erfordert. Die Dienstleistungen sind auf das geringste Maß zu beschränken. Im allgemeinen soll jedenfalls mehr als die Dienstpflicht nicht verlangt werden.

6. Die Gleichberechtigung aller Volksgenossen und die grundsätzliche Gleichheit der Beamten erfordert eine gegenfällige Achtung der Persönlichkeit, von der auch der dienstliche Verkehr der Beamten untereinander durchdrungen sein muß. Das gilt insbesondere auch im Verkehr zwischen Vorgesetzten und den übrigen Beamten.

7. Ein Vorgesetzter- und Untergebenerverhältnis bleibt nur insoweit bestehen, als es der Dienstbetrieb unbedingt erforderlich macht. Immer haben Vorgesetzte alle übrigen Beamten als Mitarbeiter und Berater zu würdigen.

8. Disziplinarische Gewalt können Vorgesetzte über einen Untergebener nicht haben. Sie wird grundsätzlich in Hand des Ministeriums geübt. Gegen diese Entscheidung soll Berufung an ein Gericht bestehen. Die Beamten müssen Beamte aller Stufen angehören. Bei geringen Verträgen entscheidet auf Antrag ein aus Untergebenen unter Mitwirkung des Vorgesetzten bestehendes Ausschuss (Spruchamt) über die Entscheidung. Das Disziplinarverfahren ist neu zu regeln.

9. Die Eignung zum Vorgesetzten ist nicht allein vom Grade der Vorbildung, sondern auch von der beruflichen Ausbildung sowie Befähigung und Tätigkeit im Amt abhängig. Es sind Vorkontrollen anzufordern, daß diese Eignungen nach rein sachlichen Gesichtspunkten festgestellt werden.

10. Auch für alle übrigen Beamtenabstufungen ist eine bestimmte Vorbildung und eine theoretische und praktische Berufsbildung zu fordern. Es ist anzunehmen, daß der Erwerb der Vorbildung jedem Befähigten unbeschwerlich erleichtert wird. Die berufliche Ausbildung muß überall zur menschlichen Einarbeitung werden.

11. Das Arbeitsgebiet jeder Beamtenabstufung ist möglichst genau abzugrenzen. Innerhalb dieses Arbeitsgebietes ist der Beamte voll verantwortlich. Die Verantwortlichkeit des Beamten ist gegenüber seinen Arbeitgebern zu haben. Nach außen kommt die Verantwortlichkeit durch Befugnis zur Unterfertigung und Verhandlungsführung zum Ausdruck. Das Gebiet der Hilfsarbeiten ist grundsätzlich zu befristigen Beamten, die sich nicht in Vorbereitung oder Anwärterdiensten befinden, sind eigene Arbeitsgebiete anzuweisen.

12. Den Beamten ist die Möglichkeit des Aufstieges in Abstufungen mit höher bewerteten dienstlichen Positionen zu sichern und dieser Aufstieg durch Zulassung zur betreffenden Ausbildungseinrichtung zu erleichtern.

13. Der Dienstbetrieb ist durch gründliche und durchgreifende Maßnahmen zu vereinfachen und Beschäftigung und Verwaltung zu verbilligen. In diesem Sinne ist insbesondere die Minimierung verschiedener Beamten an einer Arbeitsstation tunlichst zu vermeiden und die Zahl der Stellen, und Vorgesetzter soweit als möglich einzuschränken, auch im übrigen das Schreibwert auf das Mindestmaß zu vermindern.

14. Es hat eine Neuordnung des Ansehensanspruches während in der Hinsicht zu erfolgen, daß er einen unbedingten Rechtsanspruch bildet wie beim Arbeiter der Rentenanspruch.

Die Tagung der Staatsbeamten wurde am Sonntag im Beisein des Wirtschaftsministers Verks fortgesetzt. Nachdem die am Sonntag zur Besprechung gebrachten Vorschläge zur Demokratisierung der Verwaltung angenommen waren, hielt der Bundesvorsitzende Hochardt ein Referat über die Besoldungsfrage, an das sich ein Bericht des Vorsitzenden der Bundesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes über die Organisationsfrage angeschlossen. Geschäftsführer Richter entwarf ein Bild von dem gesellschaftlichen Ausbau der Beamtenschaft. Schließlich wurde eine Reihe von Anträgen eingebracht und einige interne Angelegenheiten besprochen.

Sächsischer Gemeindebeamtentag.

Am Sonntag vormittag 9 Uhr wurde durch den Bundesvorsitzenden Wötter die Tagung der sächsischen Gemeindebeamten eröffnet. Ministerialdirektor Dr. Schulze führte aus, die gesellschaftliche Bewegung beruhe auf der neuen Verfassung und müsse sich erst nach und nach durchsetzen. Der Beamte dürfe aber niemals vergessen, daß er Diener der Allgemeinheit sei und daß sein Wohl und Wehe auf das innigste mit dem Wohl und Wehe der Allgemeinheit verknüpft sei. Bundesdirektor Schubert erläuterte den Geschäftsbericht. Er hat Ergebnisse sei das erneute Bekanntnis zur Verfassung. Die Gemeindebeamten-Vollkraft sei getragen von der Erkenntnis, daß das Geschick der Gemeindebeamten immer fester mit dem der Reichs- und Staatsbeamten verbunden sei. An der Befähigung der gesamten Beamtenschaft sei unter allen Umständen festzuhalten. Der Redner ging dann auf die drei Punkte ein, die alle Beamte ganz besonders beschäftigen: Beamtenabstufung, Beamtenrecht und Organisationsfragen. Zum ersten Punkt forderte er völlige Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Reichs- und Staatsbeamten sowie für Sachsen insbesondere die Befestigung jeglicher Ortsklasseneinstellung. Zu Punkt 2 forderte er Annahme der Beamtenabstufung des Deutschen Beamtenbundes. Zum letzten Punkt betonte er die Notwendigkeit der Erhaltung der sachlichen Unabhängigkeit der Beamtenschaft.

Nach dem Geschäftsbericht nahm der Direktor des Deutschen Beamtenbundes, Ministerialrat a. D. Falkenberg, das Wort zu längerem Reden. In dem er die grundsätzlichen Darstellungen des Bundesdirektors Schubert würdigte und besonders hervorhob, daß an dem sachlichen Beamtenverhältnis nicht gerüttelt werden dürfe, wenn der Beamte Diener der Staatsverwaltung bleiben soll. Dann sprach er über die politische Seite der Beamtenverhältnisse in Sachsen. Die beamtenrechtliche Seite wurde durch Bundesdirektor Schubert behandelt. In der Besprechung wurde an dem Entwurf harte Kritik geübt. Die sehr umfangreichen Ausführungen fanden in einer Zusammenfassung ihren Niederschlag. In der es u. a. heißt: Gleichheit mit dem Gewerbeverhältnis ist das Ziel über die Beamten- und Beamtenschaft zu verabschieden. Das Beamtenrecht der Beamtenschaft ist eine in unangenehm. Die in Aussicht genommene Zusammenfassung der Beamten- und Beamtenschaft wird abgelehnt. Die Bestimmungen der Reichsverfassung sind schärfend. Die Bestimmungen der Reichsverfassung sind schärfend. Die Bestimmungen der Reichsverfassung sind schärfend.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurde eine Entschließung betreffend die Besoldung angenommen. In ihr werden die seitigen Zustände der Reichsregierung nur als vorläufige Regelung betrachtet. Neue Schritte sind einzuleiten, um den Grundbesitzern der Deutschen Beamtenbundes Stellung zu verschaffen. Das Verhältnis zwischen altem Gehalt und Arbeitslohn muß festgestellt werden. Die Frage der härteren Stellung des Familienstandes ist eingehend zu prüfen. Zum Beamtenrecht wird eine Entschließung angenommen, in der die Bundesversammlung fordert, daß das in Artikel 130 der Reichsverfassung gegebene Versprechen der Beamtenvereinigungen mit Beschleunigung erfüllt wird. Die Versammlung hält an der Forderung der Mitbestimmungsrechte unbedingt fest in der Form von paritätisch zusammengesetzten Schlichtungsausschüssen. Der Entwurf der Reichsregierung wird als unzureichend abgelehnt.

Eine weitere Entschließung befaßt sich mit der Demokratisierung der Verwaltung. Die Versammlung vermahnt sich damit mit Entschiedenheit dagegen, daß man der Beamtenschaft allgemein unterstellt, Anhänger einer veralteten Staatsform zu sein. Alle Versuche, die unter diesem Deckmantel und unter dem Schlagwort von der Demokratisierung der Verwaltung zur Beseitigung des Berufsbeamtenums betrieben werden, werden mit besonderer Entschiedenheit bekämpft. Schließlich fordert die Entschließung nach Abänderung der veralteten Verwaltungs- und Dienstvorschriften in demokratischem Sinne.

Eine weitere Entschließung befaßt sich mit dem Wohlwollen der Beamten der Beamten. Es wird dem Reichstag gegen beamtenrechtliche Verträge der Reichsregierung bezüglich des sächsischen Pensions-Ergänzungsgesetzes und des Pensionsabänderungsgesetzes und gegen die in dem sächsischen Entwurf einer Gemeindeverfassung enthaltene Schmälerung der Beamtenrechte.

Die Tagung wird am Montag in nichtöffentlicher Form fortgesetzt.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 19. September 1921.

Kidnappung des Leiters der Landespolizei.

Dresden. General Reichardt, welcher der Landespolizei, der sogenannten grünen Polizei, seit ihrer Errichtung vorsteht, hat am Samstagmorgen um 11 Uhr seine Entlassung und zugleich um eine Verabschiedung nachgefragt. Der erbetene Urlaub wurde ihm bewilligt, obwohl in sein Entlassungsgesuch für 31. Dezember d. J. genehmigt worden.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei.

Dresden. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei stellt mit: In der Presse werden häufig aus einer Erklärung veröffentlicht, die der Reichsminister des Innern Dr. Gröbner einem Vertreter der „Nation“ gegenüber abgegeben habe, nach der die Offiziere, Beamten und Universitätsprofessoren als die gefährlichsten Feinde der Republik bezeichnet werden. Die Dr. Gröbner mitteilen läßt, hat er das selbstverständlich nicht gesagt. Seine Äußerungen waren in so eingeschränkter Form gehalten, daß von ihm lediglich die ganz bestimmten Persönlichkeiten getroffen wurden, die er dabei im Auge hatte.

Dem sozialdemokratischen Parteitag.

Nach Zeitungsberichten führte der frühere Reichskanzler Hermann Müller in seiner Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag u. a. aus: In den letzten Jahren, so führte er aus, habe man so oft gehört, daß die Partei nicht mehr die Partei der Massen sei. Die letzten Wochen, u. B. der Metallarbeitertag in Jena, haben das Gegenteil gezeigt. Wir haben die Massen hinter uns. (Beifall.) Der Redner ging dann auf die bevorstehende Beratung des Programms ein. Wir wollen nicht vergessen, daß das Erlaßte Programm um 30 Jahre lang vorwärts geholfen hat, wenn auch heute einzelne Punkte veraltet sind. Unter dem alten Programm sind wir die größte Partei geworden, weil wir eine feste Weltanschauung haben. An der sozialistischen Weltanschauung halten wir fest. Selber sind wir infolge der ungelungenen Versplitterung in den Arbeiterkreisen noch nicht so weit, die Mehrheit zu haben. Das hat heutige System liefert, zeigt der Fall Erzberger. Die sozialistische Weltanschauung haben den Nord besungen. Das sind dieselben Kanakillen, die die langsame misshandelten und 4 1/2 Jahre im Gefolge losgelassen waren. Sie haben den deutschen Namen besudelt und Millionen brave Soldaten in schlechten Ruf gebracht. Erzberger hatte die meisten Gegner wegen seiner Besitztümer. Den Deutschen Nationalen blieb es vorbehalten, den Nord zum politischen Kampfmittel zu erheben. Der Redner wandte sich dann gegen den bereits Ausfall, er wolle der Sozialdemokratie die Waage vom Gesicht herunterreißen, die kein Nord politischer Gegner gepredigt habe. Diese Auslassung zeige, daß Hergt nur pathologisch zu betonen sei. Die Sozialdemokratie habe nie den politischen Nord gepredigt, sonst hätte Prinz Fjodor Scherewitsch nicht mehr seinen festen Hinterbau bei Barabden präsentieren können. (Beifall.) Alle anständigen Menschen müßten die Republik vor den Niederbuden haben. Der Weg für die Sozialdemokratie in die preussische Regierung müsse gefunden werden. Solange es nicht so müßte sie nicht nur in den Ländern, sondern im Reich in die stärkste Opposition treten. Der Redner polemisierte dann gegen die Landhändler wegen der Erhebung mit dem Reich. Diese Händler und Besten seien ebenso schlimm wie die Arbeiter Erzbergers, aber sie hätten ihre Meinung ohne die Arbeiter gemacht. Die Herren im Landbau sollten sich klar sein, daß ihr Interesse den Bürgerkrieg bedeute. (Beifall.) Auch in den Städten wohnen ja Deutsche Nationalen. Die Arbeiter dürften dann in den Wohnungen der Deutschen Nationalen Hausaufgaben halten. (Beifall.) Wir haben gegenüber den Feinden der Republik nur eine Parole: Auf einen Schicksal einhalten. Die Aufgabe der Sozialdemokratie während des Winters sei es, die Reaktion nicht nur niederzubalten, sondern niederzuwerfen. — Zur Außenpolitik kritisierte der Redner kurz die Richtungsgebung der

Parteien und wandte sich dann kurz zum Sommerprogramm, wobei er die Evaluation in London fast tabellarisch. Unter dem, so sagte der Redner, ist der des ganzen Kampfes für die Republik. Das wird auch zur Stärkung der Arbeiter führen. (Beifall.)

Frankfurt am Main. Der verhaftete Führer des Reichsvereins für die Arbeiter, Max Rante, war noch seiner Festsetzung im Moskauer Untersuchungsgefängnis in den Hungerstreik getreten. Angeblich wollte er dadurch den Einbruch erzwingen, daß er nicht ganz zurechnungsfähig ist. Eine Untersuchung durch den Gerichtsrat ergab jedoch keinerlei Anhalt für Behauptung; dagegen sind einige verhältnismäßig harmlose Verurteilungen bei Rante festgestellt worden. Rante hat daraufhin den Hungerstreik aufgegeben und sogar den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zur Selbstbefreiung gestellt.

Sucherung der Bayerischen Volkspartei.

München. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat im Landtag zwei Vorschläge eingebracht. Der erste Antrag verlangt die Schaffung eines bayerischen Staatspräsidenten, dem insbesondere das Recht zusteht, im Rahmen der Reichsverfassung Bayern nach außen hin zu vertreten, gemeinsam mit dem Präsidenten des Landtags die Staatsverträge und Landesgesetze auszuhandeln und zu veröffentlichen, dem Landtag eine Vorschlagsliste der Minister zu unterbreiten und diese im Einverständnis mit dem Landtag zu berufen, ebenso soll er Beamte ernennen und Entlassungen gemäß der bayerischen Verfassung erlassen lassen können. Der zweite Antrag geht noch weiter. Der Landtag soll die bayerische Staatsregierung ernennen, durch ihren Vertreter im Reichsrat eine Gesetzesvorlage zu beantragen, daß die nach § 48 der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten zustehenden Wahlbefugnisse dahin beschränkt werden, daß sie in kein Gebiet eines Landes eingreifen dürfen, insbesondere soll der Wählung eines vom Reichspräsidenten verhängten Wahlmangels durch die Landesregierung bleiben, und nur wenn eine Landesregierung sich weigert, soll der Reichspräsident die Möglichkeit haben, eine Entscheidung des Reichsrats herbeizuführen.

München. Wie die Berliner „Montagspost“ erfährt, hat Herr von Rade den Antrag zur Kabinettsbildung abgelehnt.

Schweres Eisenbahnunglück.

Drontheim. Ein Sonderzug, der Teilnehmer an der Festlichkeit bei der Eröffnung der Drontheim-Bahn mit sich führte, und Drontheim um 11 1/2 Uhr abends verließ, stieß aus noch unbekannter Ursache am Ausgang des Bahrestunnel mit einem fahrplanmäßigen Zuge zusammen. Die beiden ersten Wagen des Sonderzuges wurden vollständig zertrümmert. Sechs Personen fanden den Tod, darunter Direktor Feitz, früher Mitglied der internationalen Kommission in Flensburg. Es sind viele Verwundete zu verzeichnen.

Auch der rechte Flügel der D. O. für Streikemänner.

Berlin. Auf dem gestern hier abgehaltenen Parteitag der Deutschen Volkspartei sprach Dr. Stresemann über die politische Lage. Seine Ausführungen wandten sich in temperamentvoller Weise gegen die Kritik, die die Politik der Fraktion der Deutschen Volkspartei gefunden habe. Er sei fest überzeugt, daß die Politik der Mitte, daß das Eintreten für eine breite Koalition gegenwärtig die einzig mögliche Politik wäre, um aus dem politischen Sumpf herauszukommen. Wer da glaube, mit dem Kopf durch die Wand rennen zu können, solle seine Hände von der Politik lassen! Wer auf dem Standpunkte der Gewalt stehe, stelle sich außerhalb der Partei. Die außen- und innenpolitische Lage dränge dazu, auf dem Boden der Verfassung unbedingtes der inneren Stellungnahme zur Frage der Staatsform dem Lande zu dienen. In der bayerischen Frage müsse eine Verständigung geschaffen werden. Die Art, wie der Reichskanzler Dr. Wirth die Angelegenheit in den letzten sensationellen Veröffentlichungen behandelt habe, gelte der Reichsfreundlichkeit und vernichte die Reichseinheit. Allen Vertretern der Partei von Bayern loszureißen, werde die Deutsche Volkspartei entschieden entgegnen. Stresemanns Ausführungen fanden auf dem von etwa 800 wahlberechtigten Delegierten besuchten Parteitag einstimmige beifällige Zustimmung. Angesichts der rechtstehenden Haltung der weltfälligen Organisationen der Partei ist diesem Umstand besondere Bedeutung beizumessen.

Amerikanische Lebensmittel für die Hungernden.

Paris. Der erste Zug mit amerikanischen Lebensmitteln in solcher Menge, daß 20000 Kinder zwei Monate lang täglich mit hinreichenden Nahrungsmitteln versehen werden können, wird augenblicklich in Moskau zusammengeführt, um nach Kasan gefahren zu werden. Die Nahrungsmittel werden zunächst an Kinder bis zu 14 Jahren und an kranke Mütter verteilt werden. Der erste Zug besetzt 250 Tonnen Mehl, Kaffee, Kakao, Bohnen, Reis und Zucker.

Die Vopfrage.

London. Der Washingtoner Berichterstatter der Times erzählt von zuverlässiger Seite, daß die Besprechungen zwischen dem Staatssekretär Hughes und dem japanischen Botschafter in Washington über die Vopfrage zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt hätten.

Bermittler.

Unfall beim Münchener Oktoberfest. Beim Oktoberfest auf der Theresienwiese in München brach gestern nachmittag der Boden der mit Menschen dicht gefüllten Plattform eines Turms durch. Eine Anzahl Personen stürzte in die Tiefe. Wie verlautet, sind gegen 30 Personen, darunter mehrere sehr schwer, verletzt worden.

Sport.

Handball. Meiser Sportverein 1. VfL - SG. Gartha 1. 4:0. SG. Gartha, einer der zuerst wohl spielstärksten Vereine des Landes, lieferte dem Meiser einen ausgeglichene Kampf, bei dem sie die fehlende Technik durch eifriges Spiel zu ersetzen suchten. Halbzeit 3:0. Obwohl Meiser in der 2. Hälfte mehr vom Spiel hatte, wurde infolge Unglück und Unklimmigkeiten in der Sturmreihe nur noch ein Tor erzielt. Der beste Mann auf dem Feld war Meiser rechter Verteidiger, der noch linker Läufer und Mittelstürmer; bei Gartha waren Tormann und die Verteidiger der bessere Teil. Meiser 2. - VfL. Sp. - U. 1:1. 2. Meiser 3. - VfL. 2:0. 2. Meiser 4. - VfL. 1:0. 3. Meiser 5. - VfL. 1:0.

Meiser Sportverein e. V. Jugendausflug. Das sportliche Ergebnis des gestrigen Sonntags war wiederum gut. Die 1. Jugendmannschaft schlug in Jahnsbäumen die 1. Jugend des VfL. Nicht im Verbandsspiel 3:0. Der Boden war nicht in bester Verfassung und hinderte beide Mannschaften an der vollen Entfaltung ihres Rennens. Der 2. Jugend des Meiser fielen die Punkte kampflös zu, da der Gegner nicht antreten konnte. Die 1. Frauenmannschaft blieb gegen die 1. Frauen des VfL bei Verlust der Punkte mit 10:0 siegreich. Bräutliche Schüsse aus oft schwierigen Lagen und schnelles entschlossenes Handeln brachten den Meiser Frauen den hohen Sieg. Die Frauen des VfL. hielten wacker durch und wurden nicht müde. Meiser 2. - VfL. 1:0. VfL. 1. - Meiser. 1:0. 1. VfL. 1. - Meiser. 1. 0:1.